

In dieser Ausgabe lernen Sie Hartmut Guth, bis zu seiner Pensionierung Offizier der Bundeswehr, kennen. Seit 2008 ist er Mitglied der LINKEN. Was ihn bewog, der Partei beizutreten, ist hier zu erfahren. Vielleicht eine Anregung? Seite 2

Eine gute Schule für Berlin - unter diesem Motto stand der Landesparteitag der Berliner LINKEN. Auch im Vorfeld bereits waren Marzahn-Hellersdorfer Meinungen gefragt, fanden Eingang in den nun beschlossenen Antrag Seite 3

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die nunmehr 18. - mit den Themen: Bundeskongress der Linksjugend / O wie „Oh, mein Gott“ / Wahljahr 2009 / Kontaktmöglichkeiten für Interessierte und Tipps Seite 7

Berliner LINKE zur Bundestagswahl personell gut aufgestellt:

Der Wahlkampf hat begonnen

Zwei Tage am letzten März-Wochenende war das neu eröffnete Hotel „andel's“ in Lichtenberg Schauplatz eines Beratungsmarathons.

Am Sonnabend Landesparteitag zur Bildung, am Sonntag LandesvertreterInnenkonferenz zur Wahl der Berliner Landesliste zur Bundestagswahl.

Die Standpunkte der LINKEN zur Verbesserung der Bedingungen an unseren Schulen, angesichts der durch den Bildungssenator Zöllner geplanten Schulreform sind im Vorfeld des Parteitages in den Bezirken heftig diskutiert worden. Auch unser Bezirksvorstand, unsere Fraktion, unsere Abgeordneten haben an der Qualifizierung des Antrages des Landesvorstandes „Eine gute Schule für Berlin“ mitgewirkt. Dagmar Pohle und Gabriele Hiller sprachen in der Debatte auf dem Parteitag. Es war der Vorschlag unserer Bezirksorganisation, zu diesem Thema einen Landesparteitag durchzuführen. Nach konstruktiver Beratung, es mussten mehr als 45 Änderungsanträge abgestimmt werden, haben wir nunmehr eine Grundlage auch für die Beratungen mit der SPD in unserem Bezirk, die wir zurzeit vorbereiten. Gewonnen hat die Diskussion am Sonnabend durch das Auftreten u.a. von Rose-Marie Seggelke, der Vorsitzenden der Berliner GEW, und Robert Giese, Direktor der Fritz-Karlsen-Schule, der viele Jahre in Hellersdorf pädagogisch tätig war. Als Gast in unserer Delegation verfolgte Petra Rosenberg, die Vorsitzende der Landesvereinigung der Sinti und Roma Berlin, die Diskussion.

Am Nachmittag Teilnahme der Delegierten an der beeindruckenden Abschlusskundgebung der großen Demonstration „Wir zahlen nicht

für Eure Krise“ vor dem Roten Rathaus, wo Gregor Gysi gleich zweimal sprechen musste.

Am Sonntag dann das „Schaulaufen“ der KandidatInnen für die Landesliste zur Bundestagswahl. Eingeleitet durch Gregor Gysi mit



einer fulminanten Rede. Er steht auch an der Spitze der Landesliste, gefolgt von Petra Pau und Gesine Lötzsch. Platz vier nimmt Stefan Liebich ein, nach ihm folgt Halina Wawzyniak, dann Klaus Lederer. Dieser Vorschlag wurde den VertreterInnen durch den Landesvorstand unterbreitet, die VertreterInnen sahen das mehrheitlich auch so. Gegenkandidaturen gegen Stefan (Hasko Hüning) und Halina (Figen Izzgin) waren nicht erfolgreich. Figen Izzgin errang mit einem guten Wahlergebnis dann Platz sieben. Teresa Maria Thiel kandidierte ab Platz vier bis elf, kam jedoch nie über 10 Prozent der Stimmen. Platz acht bis zwölf belegten Olaf Michael Ostertag, Elke Breiten-

bach, Tobias Schulze, Katrin Möller und Hans-Ulrich Riedel. Die in Einzelwahl gewählte Landesliste umfasst somit zwölf Mitglieder. Wir gehen davon aus, dass Gregor, Petra und Gesine ihre Wahlkreise souverän verteidigen werden. Dann sind je nach Wahlergebnis bei den Zweitstimmen am 27. September die Plätze vier und fünf aussichtsreich für den Einzug in den Deutschen Bundestag. So, nun ist es geschafft, für das Superwahljahr sind organisatorisch und inhaltlich die Voraussetzungen geschaffen, unser Personal ist gut aufgestellt, was kommt nun? Der Wahlkampf. Im Stadtbild ist es zu sehen, an den Laternen hängen die ersten Plakate, pro Ethik. Abstimmung am 26.4. gegen ein Gesetz, das Religion als Wahlpflichtfach an den Schulen (bisher freiwillig) einführen soll. Der Wahlkampf hat bereits begonnen ...

Norbert Seichter
Bezirksvorsitzender DIE LINKE
Marzahn-Hellersdorf

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Hartmut Guth /
Petra Pau: Ein nimmerkluges Knäblein

Seite 3:

... gerufen - verbannt ... / Geschichte

Seite 4:

Aus dem Bezirksvorstand / Besuch im
Bundestag

Seite 5:

Für eine enkeltaugliche Zukunft / Biblio-
theken als Schwerpunktaufgabe

Seite 6:

Die Spur der Steine im Berliner Osten /
Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

Zur Person: Hartmut Guth

Bewusste Entscheidung

Als neuer Genosse ist er als 47er Jahrgang zumindest den Biesdorfern nicht mehr unbekannt. Der gebürtige Braunschweiger ging direkt nach dem Abi zur Marine. Nach drei Jahren durfte er sich Leutnant zur See nennen. Stationen waren das Segelschulschiff „Gorch Fock“, eine Ausbildung zum Kampfschwimmer, Schiffssicherungs-, U-Bootjagdoffizier auf Fregatten sowie ein Einsatz an Land in einem Maintransportbataillon, später Einsatz in der Abteilung Marineausbildung. Auch als Folge der deutschen Wiedervereinigung und der zwischen Kohl und Gorbatschow vereinbarten Abschmelzung der Truppenstärke kam Hartmut Guth 1999 nach Berlin zur Abteilung Information. Mit 58 Jahren wurde er Pensionär.

Wie kommt einer mit Westsozialisation und Bundeswehrkarriere zur LINKEN? Familie und eigenes Erleben waren wie so oft die Wegbereiter. Der Großvater war Hitlergegner, der Vater liberal. Als Kind hat Hartmut das 1944 zerstörte Braunschweig erlebt und in den Trümmern gespielt. Einer von Hartmuts Lehrern war Linker, der hat mit seinen Schülern das Marx'sche Kapital

behandelt. Damals und dort nicht unbedingt üblich! Interessiert verfolgte schon der junge



Hartmut Guth

Foto: S. Behrens

Guth, wie die Entwicklung im Osten verlief. Er vertritt die Überzeugung, dass es zwar im-

mer Militär geben wird, aber nie wieder Krieg in Mitteleuropa. Die Zwickmühle war für ihn, „dass sich Leute, die sich nie gesehen haben, auf Befehl von Leuten, die zusammen getafelt haben, umbringen!“ Ein Schlüsselerlebnis war die Tatsache, dass die Bundeswehr nach 1990 nicht mehr der reinen Landesverteidigung dienen sollte, sondern sich weltweit beteiligte. Das widersprach seiner Auffassung! Das direkte Erleben des Kapitalismus, der „keine Rücksicht nimmt“, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit waren weitere Wegbereiter seiner Entscheidung, sich für und bei der LINKEN zu engagieren. Das in der DDR verbrieftes Recht auf Arbeit steht der freien Arbeitsplatzwahl in der BRD gegenüber, nur, dass dort keine Arbeitsplätze dahinter stehen. Deren Schaffung müsste nach Guths Meinung vorrangige Staatsaufgabe sein. „Dieses System leistet das nicht“. Den gescheiterten, planwirtschaftlichen Versuch in der DDR hält er für sinnvoll und richtig.

Das Wahljahr ist eine gute Gelegenheit, sich kennen zu lernen.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB): Ein nimmerkluges Knäblein

Man muss wohl Arnulf heißen, um Hubertus zu preisen. Beide, Arnulf Baring und Hubertus Knabe, firmieren als Historiker. Ihr Hauptfeind steht im eigenen Lande: DIE LINKE. Sie versuchen es aktuell und sie verteuflern die DDR derart, dass das NS-Regime dagegen als harmlos erscheinen kann.

Hubertus hat noch einen weiteren Hang. Er bietet Bücher feil. Darin beschreibt er die Repressionen, die viele Bürgerinnen und Bürger durch die DDR erlitten haben. So weit, so berechtigt, so wichtig. Allerdings hat er dabei offenbar Absatzprobleme. Wahrscheinlich bringt er mich deshalb immer wieder ins Gerede: als Ausgeburd der Linken und als Werbe-Schock fürs Ewiggestrige. Das gefällt der Springer-Presse, die sofort lobende Rezensionen druckt. Von wem verfasst? Natürlich von Arnulf. Diesmal wurden die SED-Milliarden und meine Spenden für die Partei DIE LINKE bemüht. So haben jedenfalls etliche Journalisten die beiläufigen Worte von Hubertus wohlweislich verstanden. Knabes These: Die SED habe Milliarden versteckt. Seine Suggestion: Die illegalen Milliarden würden nunmehr in DIE LINKE zurück gespendet. Zum Beispiel durch mich, durch Bodo Ramelow und durch Hans Modrow. Allein wir drei hätten durch Spenden Zehntausende Euros fragwürdiger Herkunft reingewaschen, war zu lesen. Gewissenhafte Historiker wissen: DIE LINKE hat nichts mit den vermeintlichen Milliarden der SED zu tun. Das wurde längst geklärt. Die wiederholte Behauptung des Gegenteils wird nicht wahrer. Sie enttarnt den Widertäter bestenfalls als nimmerklugen kalten Krieger.

Mir kreiidet Hubertus an, ich hätte 60.000 Euro an DIE LINKE gespendet. Das mache mich be-

sonders verdächtig. Nun bin ich seit über zehn Jahren gut bezahltes Mitglied des Bundestages. Der allen zugängliche Finanzbericht meiner Partei weist aus, wie viel ich seither gespendet habe. Die Summe kommt hin. Viel interessanter finde ich: Alle Bundestags-Parteien, die der

verlogenen Riester-Rente zugestimmt haben, konnten sich über fürstliche Spenden der Kapital-Allianzen freuen. Nur DIE LINKE nicht. Gott sei Dank! Darüber aber findet man weder bei Hubertus, noch bei Arnulf auch nur ein Wort. Ihr Gallegift gegen DIE LINKE trübt ihre Sinne.

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen: <http://onysix.de/petrapau/>

Post an uns : ... gerufen - verbannt ...

Im Norden von Marzahn, in der Borkheidestraße 30, hat der Verein zur Förderung der Integration für deutsche Aussiedler aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sein Zuhause. Das weiß ich jetzt, weil sich da kürzlich die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses der Bezirksverordnetenversammlung für die Fraktion der LINKEN - Heiner Niemann, Helfrid Kreuzer, Dagmar Pohle und weitere - getroffen hatten. Und - Viktor Fromm, Mitglied der Fraktion der LINKEN, hatte zu einer Besichtigung der Ausstellung zur Geschichte der Deutschen aus Russland eingeladen. Bürger mit dieser Chronik haben in unserem Bezirk einen beachtlichen Anteil, und nehmen auch im politischen Handeln der LINKEN ihren Stellenwert ein. Viktor Fromm ist der Vater dieser Ausstellung, ich stoße in den Tafeln und Grafiken auf die Ursprünge der „Russland-deutschen“, die auf ein Manifest von Katharina II. von 1763 zurückgehen. Die Deutschen, die damals nicht aus Brandenburg, sondern meist aus Hessen, Baden, Pfalz, Elsass, Rheinhessen und Bayern kamen, waren im großen Russland begehrte Leute. Sie waren bei den russischen Herrschern beliebt ob ihres Fleißes, ob ihres Kinderreichtums und ob ihrer Sparsamkeit.

Aber immer wieder sind es Nationalismus, Egoismus und Kriege, die das Gutgewollte zerstören. Mit Beginn des von Deutschland vom Zaun gebrochenen 1. Weltkrieges wird es für die Deutschen in Russland strafbar, Deutsch zu sprechen. 1915 beginnen Enteignungen des Landbesitzes, deutsche Zeitungen werden verboten.

*Die ersten Jahre der Sowjetmacht sind den Deutschen wohl gesinnt; die 20er Jahre bringen ihnen an der Wolga eine eigene Republik, auf der Krim und im Kaukasus einen eigenen Kreis. Aber - nur wenig später - 1938, erfolgt die Liquidierung deutscher Rayons, Kreise und Sowjets und die Schließung deutscher Schulen. Und dann, nach dem Beginn des Krieges 1941 auch gegen die Sowjetunion, wurden 900 000 Deutsche aus der Wolgarepublik nach Sibirien deportiert. Laut Erlass des Obersten Sowjets waren die Deutschen „auf ewige Zeiten verbannt...“. Der Vater von Viktor Fromm gehörte dazu. Der von der Ausstellung gespannte Bogen reicht von Katharina II. - bis zum Stalinismus. Der Stein gegen den Stalinismus in Friedrichsfelde regt mich auf neuen Gebieten und auf neue Weise zum Nachdenken an. **Wlfrid Maier***

Vom Landesparteitag der LINKEN in Berlin am 28.3.

DIE LINKE macht Schule

Eine gute Schule für Berlin - so lautete der Hauptantrag des Berliner Landesvorstandes zu ihrem Bildungsparteitag. Im neuen Hotel andel's an der Landsberger Allee tagend, zeigte sich ein gut vorbereitetes Gremium. Aus Sicht vieler Delegierter war es wie lange nicht gelungen, die wichtigsten kontroversen Diskussionen bereits in der Vorbereitung, in der Landesarbeitsgemeinschaft und zu Werkstattgesprächen, zu klären und Änderungen in den Antrag einfließen zu lassen. Auch wir Marzahn-Hellersdorfer haben dazu engagiert beigetragen, den zunächst als Entwurf vorliegenden „SPD-light“-Antrag zu qualifizieren. Dank an alle Beteiligten (Ute Thomas, Margrit Barth, Rüdiger Barth, Manuela Schmidt, Hassan Metwally)! Somit kann die Abgeordnetenhausfraktion mit konkreten linken Forderungen in die kommende Schulstruktur-Debatte gehen - auch wenn bei weitem noch nicht alles geklärt ist.

Vorwiegend Lob gab es von den verschiedenen Gästen, die zur Diskussion sprachen. Insbesondere von Rose-Marie Seggelke, der Berliner Landeschefin der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), war das nicht selbstverständlich. Sie dankte der LINKE, das Thema der Gemeinschaftsschule überhaupt angeschoben zu haben. Diese Schulform könnte der bundesdeutschen Normalität, dass schulische Ausbildung im gegliederten Schulsystem zu sozialer Ausgrenzung führt, ein Ende bereiten. Der Weg dahin ist noch weit, schließlich sind es erst 17 von 835 Berliner Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben. Allerdings wies auch Seggelke darauf hin, dass gute Schule nicht an der Struktur allein festgemacht werden kann: Die Klassenstärke, eine ausreichende Anzahl gut motivierter und vorbereiteter LehrerInnen, die materielle Ausstattung der Schulen und nicht zuletzt bezahlbares Schulesen für alle Kinder sind wichtige Bedingungen, die Lernen

beeinflussen und die auch in Berlin verbesserungsbedürftig sind.

Wie soll sie nun sein, die neue Schule nach der Schulreform? Da bleiben Fragen. Nach dem Willen der LINKEN werden sich die weiterführenden Schulen (ab Klasse 7) an der Gemeinschaftsschule, am Gymnasium und an der neuen Sekundarschule nur wenig unterscheiden. An allen soll ein Abitur möglich sein, alle sollen gleich gute Bedingungen für individuelles Lernen bieten. Es werden Ganztageschulen sein. Eltern sollen entscheiden, an welche Schule ihr Kind geht. Inwieweit es gelingt, das von der LINKEN angesagte Ziel der sozialen Durchmischung an allen drei Schulformen auch wirklich durchzusetzen, das muss in kommenden Diskussionen geklärt werden. Und selbstverständlich muss alles gut vorbereitet werden - in Kitas, die das auch personell und materiell leisten können, und in gut ausgestatteten, anspruchsvoll arbeitenden Grundschulen.

Die Diskussionen auf dem Parteitag waren sehr sachlich und konstruktiv. Bei der Abstimmung von alternativen Anträgen zeigte sich für mich bedauerlicherweise wie so oft, dass die Mehrzahl der Delegierten prinzipiell den Anträgen der Landesführung folgt. Ich halte das für eine linke Partei für problematisch, weil es zeigt, dass wir noch immer eher staatstragend sind und für weiter gehende Forderungen zu wenig Mut haben. Schade, denn dadurch wird inhaltliches Engagement einzelner für Detailfragen von vorn herein zum Scheitern verurteilt, Diskussion verhindert.

Eines jedoch ist sicher - DIE LINKE hat in der rot-roten Regierung die Berliner Schullandschaft verändert und wird es weiter tun - für gemeinsames Lernen von allen Kindern.
Dr. Gabriele Hiller (Delegierte)

Aus der Bezirksgeschichte

Im Jahr 2009 begeht der Bezirk Marzahn-Hellersdorf seinen 30. Geburtstag. An dieser Stelle wollen wir monatlich einige Ereignisse aus den vergangenen Jahrzehnten in Erinnerung rufen.

Vor 33 Jahren

2.4.1976

Als erste AWG wird die des VEB Berliner Werkzeugmaschinenfabrik in der Leninallee 399 im künftigen Stadtbezirk Marzahn gegründet.

Vor 30 Jahren

1.4.1979

Das Krankenhaus Kaulsdorf in der Myslowitzer Straße 45 wird dem Stadtbezirk Marzahn zugeordnet

Vor 29 Jahren

21.4.1980

Am Helene-Weigel-Platz wird die erste Apotheke des Neubaugebietes Marzahn eröffnet.

Vor 24 Jahren

21.4.1985

Anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung wird das Gebäude Leninallee 563, das 1945 als eines der ersten in Marzahn von den Truppen der sowjetischen Armee erreicht wurde, als Gedenkstätte eingeweiht.

Vor 22 Jahren

21.4.1987

Die 3000. Wohnung in Hellersdorf wird von Magdeburger Bauarbeitern in der Kastanienallee 144 übergeben.

Vor 20 Jahren

24.4.1989

In den Ringkolonnaden an der Otto-Winzer-Straße wird ein Jugendzentrum eröffnet. Es ist mit 320 Plätzen der größte Jugendklub im Stadtbezirk Marzahn.

Vor 19 Jahren

11.4.1990

Auf einer Belegschaftsversammlung im VEB Stern-Radio Berlin an der Beilsteiner Straße/Allee der Kosmonauten wird über die ausweglose Lage des Betriebes und seine Schließung zum 30.6.1990 informiert. Ein Warnstreik der Belegschaft am 17.6.1990 bleibt ohne konkrete Ergebnisse.

Vor 11 Jahren

23.4.1998

Die Hauptbibliothek im Freizeitforum an der Marzahner Promenade 55 wird nach Mark Twain benannt.

Vor 5 Jahren

4.4.2004

Bürgermeister Klaus Wowereit überreicht Gerhard Behrendt, dem Schöpfer des Sandmännchens, das Bundesverdienstkreuz. Zusammengestellt von **Renate Schilling**

Dokumentiert:

Beschlossen auf dem Europaparteitag der LINKEN

Änderung der Satzung der Partei DIE LINKE:

Beschluss des Europaparteitags am 28. Februar 2009 in Essen

§ 3 Beendigung der Mitgliedschaft, (3) wurde mit diesem Beschluss neu gefasst:

(3) Beahlt ein Mitglied sechs Monate keinen Beitrag und ist nicht von dieser Pflicht befreit, so gilt das als Austritt aus der Partei.

Der Austritt muss vom zuständigen Kreis- oder Landesvorstand festgestellt werden.

Der Vollzug des Austritts muss dem Mitglied schriftlich mitgeteilt werden, wenn innerhalb von vier Wochen - nach dem Zugang der Feststellung durch den zuständigen Kreis- oder Landesvorstand - durch das Mitglied kein Widerspruch erfolgt ist.

Zuvor ist dem Mitglied ein Gespräch anzubieten und die Begleichung der Beitragsrückstände mindestens einmal schriftlich anzumahnen, sowie die Konsequenz aus der Pflichtverletzung mitzuteilen.

Legt das Mitglied gegen die Feststellung des zuständigen Kreis- oder Landesvorstandes Widerspruch bei der Schiedskommission ein, bleiben seine Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur endgültigen Entscheidung unberührt.

Auf Einladung von Petra Pau im Bundestag

Am 18.03.2009 fand auf Anregung der Bundestagsabgeordneten der Linken, Petra Pau eine Tagesfahrt für politisch interessierte Bürger in Berlin statt.

Die sehr gut organisierte Tour startete, zirka 40 Teilnehmer/innen umfassend, mit einer kleinen Stadtrundfahrt, durch das historische und politische Zentrum der Hauptstadt. Vor dem Reichstag wurde ein kleiner Halt eingelegt. Anschließend war die Gruppe zu einem Informationsgespräch ins Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit kleiner vorausgehender Besichtigung geladen. Ein Referendar des Ministeriums, beantwortete die Fragen der Bürger, welche sich hauptsächlich mit der 2003 beschlossenen „Arbeitsmarktreform“ (Sozialgesetzbuch 2) befassten. Nun traten doch erhebliche Differenzen, zwischen der überwiegenden Meinung der Bürger und des vertretenen Standpunktes der Bundesregierung zu diesem umstrittenen Themenkomplex auf, welche jedoch in einer sachlichen und freundlichen Atmosphäre behandelt wurden. Es ist den meisten Bürgern einfach nicht mehr vermittelbar, im sozialen Bereich um einfache Millionenbeträge endlosen politischen Streit zu entfachen, während für das marode Bankensystem innerhalb von vier Wochen dreistellige Milliardenbeträge zur Verfügung standen. Viele Fragen wurden gestellt,

die nicht immer zur Zufriedenheit der Bürger beantwortet werden konnten, was nicht an der Kompetenz des Referendars, sondern an der derzeitigen Politik der Bundesregierung lag. Bei einem schmackhaften, vegetarischen Mittagessen, hatten dann die Gemüter wieder Gelegenheit sich abzukühlen und Meinungen untereinander auszutauschen. Ein Besuch der Bundes-



Gewählt: Gregor Gysi und Petra Pau sind die beiden Spitzenplatzierten der LINKEN. Berlin für die Bundestagswahl 2009, nominiert auf der Landesvertreter/innenversammlung am 29.3.2009. Fotoquelle: www.die-linke-berlin.de

zentrale für politische Bildung schloss sich am Nachmittag mit einem Diskussionsforum über den israelisch/palästinensischen Dauerkonflikt an. Leider wurde dieses zugegeben sehr diffi-

zile Thema sehr kurzfristig bekanntgegeben, sodass die Diskussion etwas schleppend in Gang kam und sich, meiner Meinung nach, zu sehr im technischen Bereich der Lösung, dieses unlösbar scheinenden Problems bewegte. Einseitig für eine der beiden Parteien Stellung zu beziehen, käme für die meisten politisch Interessierten ohnehin nicht in Frage. Auch das Existenzrecht Israels kann gerade für uns Deutsche nicht zur Disposition stehen. „Ansonsten wären

wir aufgrund der Geschichte wohl dazu verpflichtet, ihnen ein Bundesland abzutreten.“ Normalerweise müssten Menschen egal wo und welche Religionszugehörigkeit sie besitzen, friedlich und respektvoll zusammenleben können. Kern des Problems, meiner Meinung nach wieder, die extreme ungleiche Verteilung der ökonomischen Ressourcen. Während des folgenden Abendessens stieß die Abgeordnete Petra Pau zu der Gruppe und stellte sich den Fragen und Problemen der Bürger auch in Einzelgesprächen. Leider reichte wie bei fast allen diesen Gelegenheiten die Zeit nicht aus, jedes Problem umfassend zu beleuchten. Ein gelungener und interessanter Tag neigte sich dem Ende, für den Petra Pau und ihren Helferinnen und Helfern Dank gebührt. Eine Sache

stimmt mich jedoch sehr nachdenklich und besorgt: Ich als Autor dieses Artikels war mit 40 Jahren der jüngste Teilnehmer der Gruppe.

Michael Borchert

Für eine enkeltaugliche Zukunft!

Viele haben darauf gewartet, vielleicht schon gezweifelt. Doch endlich beginnen in diesem Jahr die Bauarbeiten im Freizeitforum Marzahn. Sehr zeitintensive Vorarbeiten waren nötig. Manche Hürde galt es zu überwinden. Eine europaweite Ausschreibung des Architekturbüros war bei der Gesamtsumme von 8 Mio. Euro Pflicht. Doch nun steht das Architekturbüro fest – die Architekten- und Ingenieurgesellschaft Berlin mbH (AIG). Bis Ende März wird der Bauzeitenplan erarbeitet, danach die einzelnen Gewerke ausgeschrieben, und im Sommer wird der „Erste Spatenstich“ erfolgen. Erste „Baustelle“ werden die Räume des ehemaligen „Malibu“-Restaurants sein. Und noch im April lade ich alle Interessierten ein, um über unsere Bauplanungen zu informieren.

Auch für unseren Feriensommer 2009 gibt es gute Nachrichten. Damit unsere Grundschul Kinder auch im kommenden Sommer Spaß und Abenteuer erleben können, begann unsere Suche nach Sponsoren bereits unmittelbar nach dem Feriensommer 2008. Dabei habe ich Familie Schäfer aus Biesdorf „entdeckt“, die sich mit ihrer Konzertagentur leidenschaftlich und engagiert für eine enkeltaugliche Zukunft einsetzen. Ganz schnell ist es mir gelungen, die beiden für die Idee unseres Feriensommers zu begeistern. Ebenso schnell war entschieden – aus dem Erlös einer Matinee mit Katja Ebstein am 15. Febru-

ar im Konzerthaus am Gendarmenmarkt geht eine großzügige Spende an den Feriensommer 2009. Gemeinsam mit Ilona und Hannes Schäfer habe ich dann die Werbetrommel gerührt, damit viele Gäste zur Matinee kommen würden, denn je voller das Haus sein würde desto höher könnte die Spende sein. Am Ende war das Konzert ein voller Erfolg, das Haus nahezu ausverkauft und für Spaß und Abenteuer unserer Kinder gab es 4000 Euro. Vielen Dank an Ilona und Hannes Schäfer! Auch Katja Ebstein selbst hat sich für das Anliegen unseres Feriensommers begeistert und deshalb über ihre Stiftung Kinder aus Marzahn-Hellersdorf zu einem zweiwöchigen Aufenthalt in das Erlebniscamp Ökotanien in der Lausitz bei Senftenberg eingeladen.

Doch das sind anscheinend keine brauchbaren Nachrichten für unsere Berliner Tagespresse. Hier wird lieber über Skandale berichtet – meist unsachlich, meist reißerisch, selten sachdienlich. So geschehen im Tagesspiegel am 20. Februar über das Jugendamt Marzahn-Hellersdorf und dessen „Behördenleiterin“, die angeblich nicht einmal weiß, warum sie einer Mutter ihr Kind „entreibt“. In der Folge begegneten mir Skepsis von Bürgerinnen und Bürgern, auch innerhalb der LINKEN, zu unserer Arbeit, aber ich konnte sie überzeugen dass ich und meine Mitarbeiterinnen durchaus wissen, warum wir als Jugendamt

ein Kind aus einer Familie nehmen. So fand ich es an der Zeit, mich juristisch zu wehren und gegen den Tagesspiegel zu klagen. Am 5.3.2009 hat das Landgericht Berlin meinen Antrag jedoch zurückgewiesen, und zwar mit folgender Begründung: „... Die Behörde, der die Antragstellerin vorsteht, ist als Träger der öffentlichen Gewalt weder selbst grundrechtsfähig noch kann sie sich auf das aus Artikel 1 und 2 Grundgesetz herzuleitende Persönlichkeitsrecht berufen. Dementsprechend ist der juristischen Person des öffentlichen Rechts ein Persönlichkeitsschutz - ... - zu verneinen.“ Das bedeutete, dass wir keine Chance haben, uns gegen diskriminierende Darstellungen unserer Arbeit durch eine Zeitung zu wehren. Sollten wir uns damit zufrieden geben? Nein - wir haben auf diese Entscheidung Beschwerde beim übergeordneten Kammergericht eingereicht. Und in der Tat, am 17. März 2009 wurde entschieden, dass der Tagesspiegel verpflichtet wird, unsere Gegendarstellung angemessen zu veröffentlichen, und diese ist am 20.3.2009 auf Seite 3 erschienen!

Also doch – unser Engagement um die Jugend in unserem Bezirk wollen wir uns nicht zereden lassen. DIE LINKE hat eine große Verantwortung für alles, was auf diesem Gebiet geschieht. Die Wege sind immer schwer, aber ich möchte nicht, dass unser Bild der Jugendarbeit in Marzahn-Hellersdorf von sensationsgierigen Journalisten verschmutzt wird. Niemand von uns will das.

Dr. Manuela Schmidt

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Das Wahljahr 2009 prägt zunehmend die Aktivitäten des Bezirksvorstands. Dazu zählt die Zusammenkunft mit den Sprecherinnen und Sprechern der Basisgruppen am 4. März in der Geschäftsstelle. Gemeinsam mit Petra Pau, Norbert Seichter und weiteren Gewählten wurden strategische und organisatorische Fragen beraten. Übrigens eine Form der Kooperation, die von vielen Teilnehmern sehr gelobt wurde. Für die Kandidaten der Berliner Liste zum Bundestag hatte der Bezirksvorstand die Möglichkeit geschaffen, sich hier sich in der Geschäftsstelle am 24. März vorzustellen. Den Mitgliedern bot sich Gelegenheit zum offenen und ehrlichen Gespräch mit den Kandidaten.

Zum Volksentscheid am 26. April 2009 „Über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion“ wurden vom Bezirksvorstand die notwendigen Vorbereitungen in Absprache mit den Basisgruppen getroffen. DIE LINKE hat eine klare Position: Wir sind dafür, dass jede Schülerin, jeder Schüler wie bisher zusätzlich zum Ethikunterricht einen freiwilligen Religionsunterricht besuchen kann. Wir sind nicht gegen Religion, sondern für Freiwilligkeit der Teilnahme am Religionsunterricht. Mit dem von „Pro Reli“ vorgelegten Gesetzentwurf wären Schülerinnen und Schüler künftig gezwungen, sich zwischen Ethikun-

terricht und Religionsunterricht zu entscheiden. Wir als Bezirksvorstand möchten deshalb möglichst viele Bürger für die Teilnahme an der Wahl gewinnen. Wir empfehlen, dass sie mit dem Kreuz bei „NEIN“ gegen den Gesetzentwurf von Pro Reli stimmen.

Mit dem Thema Schule hat sich der Bezirksvorstand erneut in jeder Sitzung befasst. Die Sitzung am 10. März wurde wesentlich durch die Beiträge von Gästen geprägt, unter anderem Ute Thomas, Gabriele Hiller, Wolfgang Brauer. Es wurden Absprachen für das weitere Zusammenwirken bis zum Parteitag und für die Präsenz der Bezirksorganisation dort getroffen. Der Bezirksvorstand spricht Gabriele Hiller ihren Dank für das Mitwirken bei der Überarbeitung des Hauptantrages an den Parteitag aus. Gabi Hiller und Dagmar Pohle werden sich auf dem Landesparteitag zu Wort melden und auf Erfahrungen der Bildungspolitik hier in Marzahn-Hellersdorf eingehen.

Im Vorfeld der Beratung mit der Basisgruppe (BO 51) am 6. April gab es im Bezirksvorstand eine Verständigung über Ziele und Vorbereitungen. Da das Problem der Straßenführung offenbar die Region berührt, hat Norbert Lütke übernommen, die Mitglieder des Bezirksvorstandes über den Sachstand zur Osttangenten kundig machen.

Wilfried Maier

Abgeordnete unterwegs

Gabriele Hiller, Mitglied des Abgeordnetenhauses, (Foto) erinnert auf der Gedenkkundgebung für die Märzgefallenen an die Frauen, die bereits damals 1848 an der Seite der Männer für Gerechtigkeit kämpften und noch danach, als ihnen vom Preußischen Staat jegliches Recht auf politische Betätigung verboten und das Wahlrecht entzogen wurde, nicht nachließen, sich für die Rechte der unterdrückten Frauen und Männer einzusetzen.



Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, wie Gabriele Hiller in Marzahn-Hellersdorf direkt gewählte Abgeordnete, ist als Gast im Nachbarschaftshaus in Marzahn-Nord, dem nördlichsten Zipfel unseres Bezirkes, im Gespräch mit Bewohnerinnen und Bewohnern zu Rechten mündiger Verbraucher. Sie gibt zu, dass diese durchzusetzen oft bedeutet, einen langen und zähen Kampf zu führen, und informiert darüber, wie sich die Fraktion der LINKEN im Abgeordnetenhaus an die Seite der Berlinerinnen und Berliner stellt.

Sabine Schwarz (Text und Foto)

Bibliotheken als Schwerpunktaufgabe

Berlin baut tolle Bibliotheken: Die Philologische Fachbibliothek der FU in Dahlem mit ihrem großartigen Lesesaal ist weltberühmt, die Staatsbibliothek Unter den Linden wird eine Perle sein und mit dem Grimm-Zentrum erhält die Humboldt-Universität endlich eine angemessene Universitätsbibliothek. Auch für die Zentral- und Landesbibliothek, die bislang an drei verschiedenen Standorten arbeiten muss, zeichnet sich nicht zuletzt durch unseren jahrelangen Druck eine mögliche Lösung ab. Dies alles entspricht dem Wert von Bibliotheken in der modernen Wissensgesellschaft.

Genau umgekehrt sieht es mit der bezirklichen Bibliotheken aus: 2000 gab es noch 173 Standorte, ein für die Leser vor allem im Osten noch gut geknüpftes Netz. Das ist zerrissen: 2007 gab es noch 91 Standorte in den Bezirken, Tendenz weiter sinkend. In vielen Stadtteilen gibt es keine öffentliche Bibliothek mehr. Argumentiert wird oft, dass durch die Zentralisierung das Angebot verbessert werden könne. Vergessen wird die Erreichbarkeit für Kinder, Schulklassen, Behinderte, sozial Schwächere und die zunehmende Zahl von älteren Menschen. Die Zahlen sprechen auch eine andere Sprache: Von 1148 Bibliotheksstellen in ganz Berlin waren 2007

noch 843 vorhanden. Die Ausgaben sanken von 47,2 Mio. EUR auf 37,97 Mio. EUR. Der Medienbestand pro Einwohner liegt um 37 % unter dem Richtwert des Bibliotheksentwicklungsplanes, die Medienerneuerung entsprach 2007 nur 52 % der Empfehlungen. Die Bestände veralten dramatisch. Der Ruf nach mehr Geld nutzt wenig – oft kommt es nicht da an, wo es hin soll.

Unser Bezirk liegt im Trend, auch wenn einzelne Werte abweichen. Leserinnen und Leser der Marzahn-Hellersdorfer Bibliotheken schätzen die Arbeit unserer Bibliothekarinnen, aber nicht vorhandene Mittel können diese nur schwer oder gar nicht kompensieren. Wir haben uns daher in der Koalition auf meinen Vorschlag hin entschlossen, das Thema Bibliotheken zum kulturpolitischen Schwerpunkt der zweiten Hälfte der Wahlperiode zu machen. Wir wollen den Stopp der Erosion der bezirklichen Bibliotheken. Daher bin ich sehr dankbar, dass ich bei meinen augenblicklichen Gesprächen in den Bibliotheken des Bezirkes, mit der Leiterin des Kulturamtes, Frau Drusche, und dem Kulturstadtrat, Herrn Richter, sehr aufgeschlossene Partner finde. Eine Berliner Lösung geht nur überparteilich.

Wolfgang Brauer

Gefunden bei <http://zitate.net>

Es geht uns mit Büchern wie mit den Menschen. Wir machen zwar viele Bekanntschaften, aber nur wenige erwählen wir zu unseren Freunden.

Ludwig Feuerbach,
28.07.1804 – 13.09.1872
dt. Philosoph und Religionskritiker

Infosplitter

Freizeitforum Marzahn – Umbau geht weiter

Die Arbeiten zum brandschutzgerechten und behindertengerechten Umbau können im Sommer 2009 beginnen, nach einer europaweiten Ausschreibung für die Durchführung der Arbeiten wurde die Architekten- und Ingenieurgesellschaft Berlin mbH mit der Ausführung der Arbeiten beauftragt. Diese hat auch den Auftrag zur Umgestaltung der ehemaligen Gewerbefläche des „Malibu“ erhalten. Hier sind umfangreiche Sanierungsmaßnahmen nötig, um die ehemalige Gaststätte wieder vermietbar zu machen. Das Freizeitforum Marzahn bleibt während des Bauvorhabens wie gewohnt geöffnet.

Umbauarbeiten am U-Bahnhof Hellersdorf

Noch in diesem Jahr sollen die Bauarbeiten zur Sanierung der Stendaler Brücke am U-Bahnhof Hellersdorf beginnen. In diesem Zusammenhang wurden die alten Fahrradständer auf beiden Seiten der Riesaer Straße abgebaut. Zahlreiche neue Fahrradständer wurden auf beiden Seiten des Alice-Salomon-Platzes aufgestellt.

Im Zuge der Erneuerung der Geh- und Radwege werden auf der Westseite der Riesaer Straße in Höhe des „Baukastens“ auch wieder neue Fahrradständer platziert.

Auf der Ostseite der Riesaer Straße wird die vorhandene Gehwegverbreiterung benötigt, um eine seit längerem von den Fahrgästen der Linie X 54 geforderte Wartehalle zu errichten. Diese wurde bereits bei der BVG beantragt. Wann diese Arbeiten ausgeführt werden, steht noch nicht fest.

Neuer Name für fusionierte Schule

Die beiden 2008 zusammengelegten Gymnasien „Max Reinhard“ und „Leonard Bernstein“ tragen ab Januar 2009 den Namen „Melanchthon-Schule“.

Renate Schilling

Aus den Siedlungsgebieten

Die Kinder- und Jugendarbeit wird weiter ausgebaut!

Im kommunalen Wahlprogramm unserer Partei haben wir uns für die Weiterentwicklung der Infrastruktur in den Siedlungsgebieten ausgesprochen. Das trifft auch für den Versorgungsgrad bei Kitaplätzen und die Entwicklung von Jugendfreizeitstätten zu. Und wir halten Wort. In Biesdorf und Kaulsdorf haben wir bei Kitaplätzen zurzeit einen Versorgungsgrad von 70 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Wegebeziehungen in den Siedlungsgebieten für die Eltern nicht optimal sind. Um in Biesdorf die Bedingungen weiter zu verbessern, ist am Grabensprung eine Kita mit 100 Plätzen geplant. Mit dem Neubau dieser Kita kann nach der Prognose des Jugendamtes der Kitabedarf in Biesdorf bis zum Jahr 2011 abgedeckt werden. Die Finanzierung des Neubaus wurde vom Berliner Abgeordnetenhaus bestätigt. Im Ortsteil

Politische Bildung:

Baugeschichte ist immer auch Sozialgeschichte

... Die Spur der Steine im Berliner Osten

In der Reihe „30 Jahre Marzahn-Hellersdorf“ war am 10. März Joachim Lindner zu Gast im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum. 1947 in Berlin geboren und im Prenzlauer Berg aufgewachsen, war der gelernte Bauingenieur Lindner von 1971 bis 1980 Planer und Projektleiter im VEB Ingenieur-Hochbau Berlin (IHB) und danach Abteilungsleiter Tiefbau für das Zentrum Marzahn. Er war „Mittäter“, als die Großsiedlung Marzahn-Hellersdorf geplant, projektiert und realisiert wurde – also Kompetenz für Berichte und Erinnerungen aus erster Hand!

Als 1974 die ersten Skizzen auf den Reißbrettern entstanden, sah der Entwurf eine Bebauungsfläche von 550 ha für 100.000 Einwohner vor, 280 ha für 35.000 Wohnungen, 105 ha Verkehrsfläche und 65 ha Grün- und Freiflächen. Jede/r Dritte suchte damals in Berlin eine Wohnung. Am Ende der DDR standen in der Bilanz über 100.000 Wohnungen; 60.000 in Marzahn, 42.000 in Hellersdorf, 652 Gesellschaftsbauen; etwa 3,3 Mio Platten sind verbaut worden. Heute bietet der Bezirk einen Wohnstandard, wie er noch nicht überall in der Bundesrepublik erreicht ist. Damals bedeuteten warmes Wasser „aus der Wand“ und die Toilette in der Wohnung eine völlig neue Wohnqualität, Kohlen schleppen von nun an passé, Kindergarten, Schule und Kaufhalle (wenn sie dann da waren ...) um die Ecke und mit den Straßen, Wegen und Grünanlagen kam auch ein Nahverkehrsnetz, von dem man in Spandau oder im Märkischen Viertel nur träumen konnte. Wohlgermerkt, nicht der Fahrpreis von 0,20 DDR-Mark, sondern Verkehrsführung und -dichte sind die Vergleichskriterien. Das sind Fakten, keine ostalgische Verklärung. Einschließlich der Integration von Europas größtem Siedlungsgebiet Biesdorf-Mahlsdorf-Kaulsdorf war das

der Versuch, eine perfekte Großstadt unter sozialistischen Bedingungen zu errichten.

Neubaubereiche entstanden damals auch in anderen Orten der DDR, zum Teil auch schon früher: Eisenhüttenstadt (ab 1950, damals StalinStadt), Halle-Neustadt (1964-67), Lützen-Klein in Rostock (1965-69), Großer Dreesch in Schwerin (1971-75). Die Dimension im Berliner Osten war aber eine andere. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat heute über 245.000 Einwohner, Rostock insgesamt etwa 200.000 und Schwerin rund 96.000.

Die Pläne und ihre Realisierung waren eine echte Herausforderung. Joachim Lindner berichtete über die Niederschlagsmenge eines heftigen Sommergusses, die Kapazität der Wuhle und die Lösung des Abwasserproblems für die Großsiedlung. Er rief in Erinnerung, dass die Straße neben der Heidekrautbahn nach Tiefensee – heute Mehrower Allee – damals eher ein „Begleitpfad“ denn eine Straße war. Und von Schächten für Glasfasernetze und Kabelfernsehen konnte damals nicht einmal geträumt werden. Und doch ist es gelungen, die Versorgungsnetze für die Infrastruktur so zu konzipieren, dass heute – 30 Jahre später – kein Bagger Marzahn quer aufreißen muss, um eine neue Wasser- oder Stromleitung nachzurüsten.

In Marzahn-Hellersdorf gibt es Wohnhöfe, keine Hinterhöfe: „Unsere Häuser haben keinen Hintereingang! Vergleichen Sie das mal mit Betonstädten anderswo in Europa“, resümierte Lindner zu Recht mit Stolz.

Die anschließende angeregte Diskussion zeigte, dass in Marzahn-Hellersdorf „Sozialwohnungen“ entstanden waren, allerdings in einem ganz anderen Sinne, als dieser Begriff heute gesetzlich (!) definiert ist. Baugeschichte ist eben auch immer ein Stück Sozialgeschichte ...

Dr. Wolfgang Girnus

Kaulsdorf besteht ein Fehlbedarf von ca. 170 Plätzen. Hier müssen viele Eltern bisher in die Großsiedlung Hellersdorf ausweichen. Um hier die Situation zu verbessern, haben wir in der Investitionsplanung für 2012 den Neubau einer Kita in der Ulmenstraße angemeldet. In Mahlsdorf fehlen bei dem notwendigen Versorgungsgrad ungefähr 200 Plätze. Dieser Fehlbedarf wurde bisher durch die angrenzenden Gebiete Hellersdorf-Ost und Kaulsdorf ausgeglichen. Um vor Ort weitere Verbesserungen zu erreichen, verhandelt das Bezirksamt zur Zeit im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages, um am Standort der Stralsunder Straße in Mahlsdorf-Nord einen neuen Kitastandort zu schaffen.

Die Jugendfreizeitarbeit konzentriert sich zurzeit auf ein Team von Straßensozialarbeitern

in Biesdorf, die Jugendfreizeitstätte „Joy In“ und das Projekt „Freizeit ohne Drogen“ am Hultschiner Damm. In Kaulsdorf konzentrieren sich die Angebote auf die „Villa Pelikan“ und das Café „Wandelbar“. Als Ergebnis der Diskussion zum Bürgerhaushalt um fehlende Freizeiteinrichtungen in Biesdorf-Süd wurde der Neubau einer Jugendfreizeitstätte am Balzerplatz in die Investitionsplanung aufgenommen. In allen drei Stadtteilen bieten zugleich Sportvereine meist in ehrenamtlicher Arbeit, wie Eintracht Mahlsdorf, Blau Weiß Mahlsdorf-Waldesruh, Stern Kaulsdorf und Fortuna Biesdorf, ein umfangreiches Angebot für Kinder und Jugendliche.

Klaus-Jürgen Dahler

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der BVV

